

Thema des Monats

Bremer Bürgermeister besucht Bauindustrie

(brb).-Im Rahmen des „Burggesprächs 2007“ des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen in Bad Bederkesa sprach der Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen, zum Thema „Metropolregion Bremen-Oldenburg – Drehscheibe Nordwest“.

Böhrnsen hält die Umsetzung der Idee der neuen Metropolregion Bremen-Oldenburg für „denkbar einfach“. Es gehe darum, Potenziale zusammenzufassen und daraus mehr zu machen, als es jeder einzelne für sich vermag. Die Region liege nicht mehr am Rande Europas, sondern zentral und habe größte Entwicklungschancen. Diese sieht Böhrnsen in den Häfen, in der Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, in der Luft- und Raumfahrt-technik, Fahrzeugindustrie, Windkraftbranche und vielen anderen Zweigen der Wirtschaft. Die Rolle Bremens sieht der Bürgermeister darin, „auf Augenhöhe“ mit allen Partnern zu agieren“.



Landrat Kai-Uwe Bielefeld, Bürgermeister Sven Wojzischke, Jens Böhrnsen, Oberbürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Prof. Dr. Thomas Rogge, Dr. Wolfgang Bayer (v.l.n.r.)

Verfall der Investitionsquoten für Baumaßnahmen der öffentlichen Hand. Trotz unverkennbar weiter bestehender Probleme für die öffentlichen Haushalte müssten sich insbesondere die Kommunen ihrer Verantwortung für die Infrastruktur wieder stellen und zumindest einen Teil des eklatanten Investitionsstaus abbauen. Der Verbandspräsident forderte in diesem Zusammenhang eine verstärkte Nutzung moderner Instrumente der privaten Finanzierung.

Hasselmann hob außerdem die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland hervor. Es sei mit einer erheblichen Zunahme der Mobilität und einem Anwachsen der Güterströme zu rechnen. Letzteres betreffe insbesondere auch die norddeutschen Häfen, deren Hinterlandverbindungen ausgebaut bzw. erweitert werden müssten. Dabei verwies er insoweit auch auf eine kürzlich vom Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen vorgestellte Untersuchung des Instituts für Verkehrswesen, Eisenbahnbau- und Betrieb der Leibniz Universität Hannover.

Gespaltene Baukonjunktur im ersten Halbjahr 2007

(brb).-Der Stabilisierungskurs der Bauwirtschaft im Verbandsgebiet setzt sich weiter fort, so die Beurteilung der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Prof. Michael Sommer und Dr. Wolfgang Bayer, auf Grundlage der statistischen Daten des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik und des Statistischen Landesamtes Bremen für den Zeitraum Januar bis Juni 2007. Allerdings zeigen die Konjunkturdaten eine tiefe Spaltung: Während der Wirtschaftsbau sich weiterhin positiv entwickelt, zeigt sich im Wohnungsbau ein dramatischer Einbruch.

Die Bauproduktion – gemessen in geleisteten Arbeitsstunden – weist im Verbandsgebiet gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Zuwachs von insgesamt 3,3 Prozent aus.

Ein erfreuliches Bild zeigt sich auch bei den Auftragseingängen. Diese konnten im Verbandsgebiet insgesamt um 12,6 Prozent zulegen, wobei Hoch- und Tiefbau ungefähr gleich auflagen. Nur im Teilbereich des Straßenbaus gab es einen Rückgang bei den Auftragseingängen in Höhe von 6,3 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2006.

weiter auf Seite 4

Überblick

1 Thema des Monats:

Bremer Bürgermeister besucht Bauindustrie

Gespaltene Baukonjunktur im ersten Halbjahr 2007

2 Kommentar:

Unübersehbare Bremsspuren

Niedersachsen:

Chance für den Landesstraßenbau

Kommunale Bauausgaben vor der Trendwende

Kurz notiert

3 Forum Nord:

Interview

mit dem Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Rechtsanwalt Dr. jur. Wolfgang Bayer

Niedersachsens gefährlicher Irrweg im Vergaberecht

4 Trends und Märkte:

Bundeshaushalt 2008: Aufstockung der Verkehrswegeinvestitionen um 354 Mio. Euro

Fortsetzung von Seite 1:

Gespaltene Baukonjunktur im ersten Halbjahr 2007

Impressum



Kommentar:

Unübersehbare Bremsspuren

(brb).-Die niedersächsische Landesregierung will auf dem Sparkurs bleiben, den sie bei ihrer Amtsübernahme eingeschlagen hat und seither unbeirrt steuert. Nach den festen Abmachungen der Koalition soll die zum Etatausgleich erforderliche Neuverschuldung auch 2008 kräftig verringert werden. Ministerpräsident Christian Wulff glaubt sogar, am Ende des haushaltspolitischen Tunnels bereits Licht zu erblicken. Er ist voller Hoffnung, dass das Land von 2010 an ohne neue Kredite auskommen werde und schließlich 2075 den in Jahrzehnten angewachsenen Schuldenberg abgetragen haben könnte. Schön wär's und wichtig zudem, wenn Enkel und Urenkel das tatsächlich erlebten.

Der rigorose Sparkurs des Regierungschefs und seines Finanzministers Hartmut Möllring hat unübersehbare Bremsspuren hinterlassen – nicht nur auf dem Asphalt der Landesstraßen, die in einem bisweilen jämmerlichen Zustand sind. An allen Ecken und Enden zu sparen war und ist bei den konsumtiven Ausgaben des Landes zweifellos richtig und weiterhin erforderlich, obgleich das hier und da wehtun mag. Aber es war und ist ausgesprochen töricht, zur Konsolidierung des Haushalts auch die investiven Ausgaben zurückzuschneiden. Jeder Familienvater weiß schließlich, wie rasch sich einer kaputt gespart hat, der eine Reparatur am Auto oder am Hausdach nicht vornimmt oder auf unbestimmte Zeit hinausschiebt.

Ministerpräsident Wulff und seine Kabinettskollegen haben diesen Fehler ihrer Konsolidierungspolitik offenkundig eingesehen. Schließlich haben die unzureichenden Investitionen der zurückliegenden Jahre bereits einen mit bloßem Auge erkennbaren Substanzverlust bei landeseigenen Straßen und Gebäuden bewirkt. Für die Landesstraßen jedenfalls sollen nach den jüngsten Haushaltsbeschlüssen in den kommenden drei Jahren jeweils zehn Millionen Euro mehr ausgegeben werden. Doch ist das wirklich mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein? Der Landesrechnungshof hält es für unumgänglich notwendig, Jahr für Jahr wenigstens 70 Millionen Euro für den geradezu sträflich vernachlässigten Straßenbau bereitzustellen. Falls der Landtag die Festlegungen der Haushaltsklausur nicht korrigiert, wird dieser Mindestbetrag erstmals im Jahre 2010 zur Verfügung stehen. Angesichts der weiter wachsenden Verkehrsbelastungen sind das trübe Aussichten.

Niedersachsen:

Chance für den Landesstraßenbau

(brb).-Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen begrüßt die Anhebung der Mittel für den Landesstraßenbau im Haushaltsplanentwurf 2008 und in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Niedersachsen. Im Haushaltsplanentwurf 2008 sind insgesamt 50 Millionen EUR veranschlagt. Die Hauptgeschäftsführer Prof. Michael Sommer und Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Bayer zeigen sich zufrieden mit der Erhöhung von 10 Millionen EUR gegenüber dem Vorjahr. Auch der schrittweise vorgesehene Anstieg in der mittelfristigen Finanzplanung auf 70 Millionen EUR im Jahre 2010 gehe in die richtige Richtung.

Sommer und Bayer erkennen an, dass die Politik endlich das Problem der Unterfinanzierung des Landesstraßenbaus angeht, auf das der Verband seit vielen Jahren hingewiesen hat. Das Landes-

kabinetts nimmt damit auch die dringende Aufforderung des Jahresgutachtens des Niedersächsischen Landesrechnungshofes auf, das als Zielmarke einen Ansatz von 70 Millionen EUR für den Landesstraßenbau genannt hat. Mit dem Niveau von 70 Millionen EUR sei allerdings nur eine Untergrenze beschrieben, die jährlich eingehalten werden müsse.

Es dürfe nicht übersehen werden – so Sommer und Bayer –, dass die Landesstraßen durch die Vernachlässigung in der Vergangenheit im Durchschnitt einen Zustand erreicht hätten, der nicht den Anforderungen der jetzigen Verkehrsbelastungen entspreche. Jetzt müsste also nicht nur der jährliche Substanzverfall ausgeglichen, sondern in den kommenden Jahren auch die unterlassenen Investitionen zur Bestandserhaltung aufgeholt werden.

Kommunale Bauausgaben vor der Trendwende

(brb).-Die Kommunen in Niedersachsen nutzen ihre deutlich gestiegenen Steuereinnahmen zunehmend, um den in den zurückliegenden Jahren entstandenen Investitionsstau abzubauen. Zu dieser Feststellung kommt der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen nach Auswertung einer Erhebung des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik. Danach haben die kommunalen Bauausgaben im ersten Quartal 2007 um insgesamt 9,4 Prozent zugelegt. Dies ist das erste Plus seit dem Jahr 2000.

Diese auch aus Sicht der Bauindustrie erfreuliche Entwicklung ist nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit zu verzeichnen. Die Trendwende zeichnete sich schon im dritten Quartal 2006 ab. Seitdem ist ein stetiger Anstieg der kommunalen Bauausgaben zu beobachten. Insgesamt haben die Gemeinden bundesweit 2006 14,7 Milliarden Euro für Baumaßnahmen ausgegeben, 2,3 Prozent mehr als 2005.

Hauptgrund für den Investitionsanstieg ist die verbesserte Einnahmesituation bei der Gewerbesteuer. Im ersten Vierteljahr fielen die Gewerbesteuereinnahmen mit gut 9,5 Milliarden Euro um fast 670 Millionen Euro höher aus als im ersten Vierteljahr 2006.

Kurz notiert

(brb).-Im Mai 2007 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 26 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (cbm) stiegen um 22 Prozent an. Dagegen sanken die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 45 Prozent.

In den neuen Bundesländern sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im Mai 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 18,6 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) erhöhten sich um 8,8 Prozent, die für öffentliche Gebäude (in cbm) sanken um 36,2 Prozent.



Forum Nord

(brb)-Im Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Rechtsanwalt Dr. jur. Wolfgang Bayer

Niedersachsens gefährlicher Irrweg im Vergaberecht

Baurundblick: Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen fordert seit geraumer Zeit eine Wiederherstellung der rechtlichen Bindung der niedersächsischen Kommunen an die Vergabeordnung für Bauleistungen (VOB/A). Was steckt dahinter?

Dr. Wolfgang Bayer: Es handelt sich um einen ganz unglaublichen Vorgang, der in Deutschland einmalig ist und allen Tendenzen im Vergaberecht zuwiderläuft. Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir mehr oder weniger durch Zufall davon erfahren, dass durch ein „gesetzgeberisches Versehen“ die haushaltsrechtliche Bindung der Kommunen, die die Doppik



einführen, an die VOB/A entfallen wird. Eine Korrektur dieses „Versehens“ ist trotz entsprechender Zusagen aus der Niedersächsischen Landesregierung bislang nicht erfolgt. Im Juli

letzten Jahres ist lediglich in einem Erlass den Kommunen, die die Doppik bereits eingeführt haben, empfohlen worden, sich an der VOB/A zu orientieren.

Baurundblick: Besteht denn nicht eine weitere Bindung der Kommunen über die VOB/A über das Niedersächsische Vergabegesetz?

Dr. Wolfgang Bayer: Das ist richtig. Dieses Gesetz ist indes bis Ende 2008 befristet. Eine Zusage der jetzigen Landesregierung im Falle eines erneuten Wahlerfolges das Niedersächsische Vergabegesetz zu entfristen, besteht nicht. Darüber hinaus wird die in diesem Gesetz enthaltene Tarif-treueregelung derzeit vom Europäischen Gerichtshof überprüft. Für den Fall, dass

der EuGH diese Regelung beanstandet, ist damit zu rechnen, dass interessierte Kreise dies zum Anlass nehmen werden, dass Niedersächsische Vergabegesetz insgesamt in Frage zu stellen.

Baurundblick: Wer stellt sich Ihrer Einschätzung nach gegen die Wiederherstellung der haushaltsrechtlichen Bindung der Kommunen an die VOB/A?

Dr. Wolfgang Bayer: Hier sind wir auf Vermutungen, wenn auch begründete, angewiesen, da weder im Vorfeld der Gesetzesänderung öffentlich Forderungen nach Aufhebung der Bindung an die VOB/A erhoben wurden noch nach der gesetzlichen Neuregelung sich jemand offen positiv zu der jetzt eingetretenen Rechtssituation geäußert hat. Wir wissen aber, dass einige Repräsentanten niedersächsischer Städte und Gemeinden sich zu Kommunalmanagern berufen fühlen, für die die VOB/A eine bürokratische Hürde darstellt und die liebend gern offene Preisverhandlungen mit Bauunternehmen führen würde.

Baurundblick: Begründet werden derartige Forderungen von kommunaler Seite häufig damit, dass Preisverhandlungen zu Kostenreduzierungen bei öffentlichen Bauvorhaben führen. Ist diese Hoffnung berechtigt?

Dr. Wolfgang Bayer: Sie ist es nicht. Dies zeigt ein vor kurzem abgebrochenes Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen, das gutachtlich durch Herrn Prof. Ziekow von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer begleitet und evaluiert wurde. Dort war einigen Kommunen die Nichtanwendung eines Teils der Vergabevorschriften der VOB/A gestattet worden. Da eine Überprüfung, die zum Ergebnis hatte, dass die äußerst geringen wirtschaftlichen Vorteile durch Aufhebung des Verbots der Preisverhandlungen durch erheblichen Mehraufwand im Bereich der Verwaltung sowie vor allem durch Intransparenz und Manipulationsgefahren überkompensiert wurden, ist das Pilotprojekt beendet worden. Vermeintliche Preisreduzierungen kommen im Übrigen zu meist auch nur dadurch zustande, dass Bauunternehmen, die wissen, dass sie Preisverhandlungen führen müssen, natürlich mit einem gewissen Puffer in diese Verhandlungen gehen. Weiß der

Unternehmer dagegen, dass es keine Preisverhandlungen geben wird, so muss er so scharf kalkulieren, dass er mit diesem einzigen „Schuss“ trifft.

Darüber hinaus kann die Bedeutung der VOB/A als Instrument der Korruptionsprävention gar nicht überschätzt werden wie auch Rechnungshöfe und Kartellämter immer wieder in schöner Regelmäßigkeit betonen. Leider ist dies bei einigen Vertretern der öffentlichen Hand in Vergessenheit geraten.

Baurundblick: Wie geht es nun weiter?

Dr. Wolfgang Bayer: Am Ende unserer Bemühungen haben wir uns in dieser Angelegenheit direkt an Herrn Ministerpräsident Wulff gewandt. Dieser hat uns nun Ende Juli schriftlich mitgeteilt, dass er keinen überzeugenden sachlichen Zusammenhang zwischen der Art der Haushaltsführung einer Kommune und der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sehe. Er hat zugesagt, sich im nächsten Jahr dafür einzusetzen, dass es zu einer Änderung der Vorschriften kommt. Dies ist erfreulich, allerdings keine verbindliche Zusage und zudem noch mit politischen Unwägbarkeiten belastet.

Wir können nur hoffen, dass der Gesetzgeber in Niedersachsen die vergaberechtliche Geisterfahrt möglichst bald beendet. Geschieht dies nicht, wird es in Niedersachsen zu einem vergaberechtlichen Chaos mit allen dann ebenso unausweichlichen wie unschönen Begleiterscheinungen kommen.

Man muss dabei auch sehen, dass es einen erheblichen Standortnachteil für Niedersachsen darstellen würde, wenn in unserem Bundesland jede Kommune ihr eigenes Vergaberecht zusammenstricken würde. Hinzukommt, dass die Kommunen bei der Vergabe von Bauleistungen oberhalb des EU-Schwellenwertes von derzeit 5,278 Millionen Euro ohnehin weiterhin an die VOB/A und zwar an deren 2. Abschnitt, gebunden sind. Das Durcheinander im niedersächsischen Vergaberecht wäre damit perfekt.



Trends und Märkte

Bundeshaushalt 2008:

Aufstockung der Verkehrswegeinvestitionen um 354 Mio. Euro

(brb).-Im Entwurf des Bundeshaushaltes 2008 sind Investitionen in die Bundesfernstraßen, Bundeswasserstraßen und Eisenbahnen des Bundes in Höhe von 9.096 Millionen Euro vorgesehen. Dies sind 354 Millionen Euro mehr als in der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt. Für den Zeitraum 2008 bis 2010 sind Investitionen von 27.257 Millionen Euro geplant, 1.068 Millionen Euro mehr als in der alten mittelfristigen Finanzplanung. Das Bundeskabinett hat den Entwurf des Bundeshaushaltes 2008 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2011 verabschiedet; die Haushaltsberatungen im Parlament finden im September bzw. November statt. Für die drei großen Verkehrsbereiche sind derzeit folgende Investitionen vorgesehen:

- **Bundesfernstraßen:** 2008 sollen die Investitionen ein Niveau von 4.700 Millionen Euro erreichen. Dies ist der gleiche Wert wie das Haushalts-Soll des laufenden Jahres, der Wert der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung wird um 250 Millionen Euro übertroffen. In den Haushaltsjahren 2008 bis 2010 sollen die Investitionen um 495 Millionen Euro höher liegen als in der alten mittelfristigen Finanzplanung (das Haushaltsjahr 2011 ist neu hinzugetreten).

Investitionen in die Bundesfernstraßen in Mio. Euro				
	2008	2009	2010	2011
Stand Juli 2006	4.449,8	4.448,2	4.413,8	-
Stand Juli 2007	4.700,0	4.580,0	4.526,5	4.516,5
Differenz	250,2	131,8	112,7	-

- **Eisenbahnen des Bundes:** Für 2008 sind Investitionszuschüsse bzw. -zuweisungen des Bundes in Höhe von 3.596 Mio. Euro vorgesehen. Dies sind 109 Millionen Euro mehr als das Haushalts-Soll des laufenden Jahres und 106 Millionen Euro mehr als in der alten mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010 liegen die Investitionsansätze um insgesamt 570 Millionen Euro über der alten mittelfristigen Finanzplanung.

Investitionen in die Eisenbahnen des Bundes in Mio. Euro				
	2008	2009	2010	2011
Stand Juli 2006	3.489,6	3.452,3	3.438,2	-
Stand Juli 2007	3.595,5	3.674,5	3.680,0	3.690,0
Differenz	105,9	222,2	241,8	-

- **Bundeswasserstraßen:** Im Haushaltsjahr 2008 liegt die Investitionsplanung mit 800 Millionen Euro um 62 Millionen Euro über dem Haushalts-Soll des laufenden Jahres und nur minimal unter der alten mittelfristigen Finanzplanung. Auch für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 wurden die Werte der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung nahezu unverändert übernommen.

Insgesamt sind in den Haushaltsjahren 2008 bis 2010 Investitionen von rund 9,1 Milliarden Euro vorgesehen, dies sind jährlich zwischen 350 und 360 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt wurden. Im Haushaltsjahr 2011 soll das Investitionsniveau des Jahres 2010 aufrechterhalten bleiben.

Investitionen in alle Verkehrsträger in Mio. Euro				
	2008	2009	2010	2011
Stand Juli 2006	8.741,1	8.753,4	8.694,2	-
Stand Juli 2007	9.095,5	9.104,5	9.056,5	9.056,5
Differenz	354,4	351,1	362,4	-

Trotz der Aufstockung bleibt die Investitionslinie Verkehr weiterhin deutlich hinter den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans zurück, in dem jährliche Investitionen in die drei großen Verkehrsträger im Volumen von 9.927 Millionen Euro vorgesehen sind. Die Deutsche Bauindustrie hat daher eine mittelfristige Aufstockung auf 10 Milliarden Euro als unabweisbar bezeichnet.

Zudem muss die nominale Entwicklung vor dem Hintergrund der aktuellen deutlichen Preissteigerungen für Bauleistungen neu bewertet werden. In den Haushaltsjahren 2008 bis 2011 will der Bund durchschnittlich 9.078,3 Millionen Euro in die drei großen Verkehrsträger investieren. Bei einer Preissteigerung von jeweils 2 Prozent entspricht dies einer

„realen Investitionslinie“ von 8.633,7 Millionen Euro. Entsprechend deutlicher fallen die Abschläge bei einer unterstellten Preissteigerung von 3 Prozent (8.418,1 Millionen Euro) bzw. 4 Prozent (8.206,8 Millionen Euro) aus.

Die Investitionen Wohnungswesen und Städtebau im Haushaltsjahr 2008 sollen mit 1.681 Millionen Euro das Haushalts-Soll des laufenden Jahres um 29 Millionen Euro übertreffen. Gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung gibt es keine gravierenden Abweichungen, nur im Haushaltsjahr 2010 sollen die Investitionen nunmehr um gut 50 Millionen Euro höher liegen.

Fortsetzung von Seite 1:

Gespaltene Baukonjunktur im ersten Halbjahr 2007

Bei den erteilten Baugenehmigungen – dem Frühindikator für die Hochbaunachfrage – ist es im Verbandsgebiet zu einem erheblichen Einbruch in Höhe von 17 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum gekommen. Dieser ist ausschließlich auf eine nahezu Halbierung der erteilten Baugenehmigungen für Wohngebäude zurückzuführen, wohingegen der statistische Wert für die Nichtwohngebäude um 9,3 Prozent zulegen konnte.

Obwohl die Gesamtergebnisse mit minus 17,1 Prozent in Niedersachsen und minus 16,7 Prozent in Bremen nahe bei einander liegen, zeigt sich in diesem Bereich auch eine Spaltung der Baukonjunktur zwischen Niedersachsen und Bremen. Während in Niedersachsen die erteilten Baugenehmigungen im Wohnbau um über 50 Prozent zurückgingen, konnten sie in Bremen um fast 37 Prozent zulegen. Spiegelbildlich hierzu stiegen die erteilten Baugenehmigungen im Nichtwohnbau in Niedersachsen um 14 Prozent, wohingegen sie in Bremen um 24,1 Prozent einbrachen.

Die Beschäftigtenzahl konnte im Verbandsgebiet insgesamt um 3,1 Prozent zulegen. Auch hier zeigte sich regional eine uneinheitliche Entwicklung. Während Niedersachsen ein Plus von 3,3 Prozent verzeichnen konnte, musste Bremen einen leichten Rückgang von 0,8 Prozent hinnehmen.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH Escherstraße 22, 30159 Hannover Telefon (05 11) 70 08 60 Telefax (05 11) 7 00 86 86 ISDN (05 11) 7 00 86 71	Sparkasse Hannover Konto 547 646, BLZ 250 501 80 Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler
Norddeutsche Landesbank Girozentrale Konto 101020 964, BLZ 250 500 00	Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.